



Joachim Poß

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Vorsitzender
der SPD-Bundestagsfraktion

Rede zum Thema:
„Finanznotstand der Kommunen“
bei der SPD Borken

19. März 2010

Es gilt das
gesprochene Wort!

Finanziell gesunde und handlungsfähige Kommunen sind eine notwendige Voraussetzung für das Erreichen wichtiger gesellschaftspolitischer Ziele.

Uns allen hier ist klar: Neben ihrer wichtigen Aufgabe in der **öffentlichen Daseinsvorsorge**, haben die Kommunen darüber hinaus auch als Auftraggeber für kleine ortsansässige Unternehmen eine wichtige konjunkturpolitische Funktion: Gerade wer **finanzpolitisch Impulse für Wachstum und Beschäftigung** setzen will, der darf den Kommunen nicht den finanziellen Boden unter den Füßen wegziehen.

Umso ernster sind die jüngsten Hilferufe der Kommunalen Spitzenverbände zu nehmen. Diese warnen unisono vor einer sich abzeichnenden Handlungsunfähigkeit in den Städten, Gemeinden und Kreisen.

Die Zahlen und Prognosen sind auch mehr als beängstigend:

Im vergangenen Jahr betrug das Defizit der Kommunen 4,5 Milliarden Euro. In diesem Jahr befürchten die Kommunen ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Bund, Länder und Kommunen hatten 2009 erhebliche Steuerverluste. Den prozentual stärksten Einbruch bei den Steuereinnahmen mussten die Kommunen hinnehmen: Das Minus betrug 7,1 Milliarden Euro. Bei den kommunalen Steuereinnahmen ist auch für das Jahr 2010 keine Besserung in Sicht, die Einnahmen werden weiter sinken [nochmals um 5 Prozent bzw. weitere 3,2 Milliarden Euro].

Gerade **Nordrhein-Westfalen** ist von dieser Problematik besonders betroffen: Insgesamt lag der **Finanzierungssaldo** aller **Gebietskörperschaften** in den ersten drei Quartalen 2009 **bei minus 1,84 Milliarden Euro**. Köln hatte einen Fehlbetrag von 351 Millionen, Wuppertal von 149 Millionen und in meiner Heimatstadt Gelsenkirchen fehlten 85 Millionen.

Dass das ein immenses **Problem für** die Kommunen und für die **Kommunale Selbstverwaltung** darstellt, liegt auf der Hand. Darüber herrscht quer durch alle Parteien Einigkeit. So sieht die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) aus Frankfurt am Main, einen Teil der Städte „vor dem Kollaps“ und warnt vor drohender „Handlungsunfähigkeit“.

Zur finanziellen Lage der Kommunen äußerte sich auch der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Christian Schramm von der CDU. Er sprach Anfang des Jahres auf einer Pressekonferenz von „katastrophalen Zuständen“ in den Kassen der Kommunen.

All diesen Wortbeiträgen gemein ist, dass die **Redner meist auf die Finanz- und Wirtschaftskrise als Ursache hinweisen.**

Das ist völlig richtig! – Und doch sind krisenbedingt steigende Sozialausgaben und wegbrechende Gewerbesteuerereinnahmen nur der halbe Teil der Wahrheit. Denn die zukünftigen Probleme sind nur zum Teil der Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet: Denn es ist auch die **Steuerpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung**, die – über die krisenbedingten Belastungen hinaus – die extrem angespannte finanzielle Situation der Kommunen durch ihre irrwitzige Steuergesetzgebung dramatisch verschärft: Allein mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ – das man eigentlich Schuldenbeschleunigungsgesetz nennen müsste – entstehen dem Gesamtstaat Ausfälle von rund 8,5 Milliarden Euro. Eine tatsächliche Wirkung auf das Wirtschaftswachstum wird von Experten nahezu einhellig bestritten. Zur Erinnerung: Beschlossen wurden u. a. Steuerprivilegien für Hoteliers – Stichwort Mövenpickpartei – , Erben und gewinnverlagernde Unternehmen. Und das ganze Treiben findet statt, vor dem Hintergrund einer noch nie dagewesenen Rekordneuerschuldung beim Bundeshaushalt von über 80 Milliarden Euro für das Jahr 2010!

Dieses „**Schuldenbeschleunigungsgesetz**“ **ohne Wachstumseffekte** führt bei den Kommunen zu Steuerausfällen von **1,6 Milliarden Euro**. Hinzu kommen zukünftig weitere gesetzliche Regelungen, die Steuervorteile für Auslagerungen bestimmter Unternehmensfunktionen ins Ausland wieder einführen und die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer aushöhlen. Den öffentlichen Haushalten drohen dadurch zusätzliche Ausfälle von jährlich 1,8 Milliarden Euro. Petra Roth – als CDU-Mitglied sozialdemokratischer Umtriebe gänzlich unverdächtig – machte deutlich, dass die **Kommunen auf weitere 700 Millionen Euro** durch das neue Gesetz verzichten müssen. Es lohnt sich, ihre Einlassungen wörtlich wiederzugeben: „Es ist weder fair noch vertretbar, die wichtigste Steuer der Städte jetzt binnen weniger Monate schon zum zweiten Mal zu schwächen“, kritisierte sie (FR 18. 02. 2010).

Und wenn es nach Schwarz-Gelb und ihrem sogenannten Koalitionsvertrag geht, dann kommen die ganz großen Grausamkeiten für die Kommunen erst noch: Die von dieser Klientel-Koalition angekündigte **Einkommensteuerreform mit einem Stufentarif** und Einnahmeausfällen im Umfang von mindestens 20 Milliarden Euro würde für die Kommunen nochmals einen Schlag ins Kontor bedeuten. Berechnungen beziffern den für die **Kommunen zu erwartenden Verlust auf 4 Milliarden Euro**.

Die Bestrebungen der schwarz-gelben Koalitionäre in Berlin, wegen der in NRW anstehenden **Landtagswahlen, wichtige finanzpolitische Entscheidungen** bis in den Juni zu **schieben**, ist für uns alle offensichtlich. Dabei wäre es dringend notwendig, jetzt Maßnahmen zu ergreifen, um auch zukünftig die selbständige Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen. Wer wüsste das besser als wir hier in Nordrhein-Westfalen? Hier sind wir auch gefragt, vor Ort – und beim laufenden Landtagswahlkampf – immer wieder den Finger in die Wunde schwarz-gelber Regierungspolitik zu legen! Denn **Rüttgers** ist einer von denen, die immer erst mitzündeln und dann, wenn richtig Feuer unter dem Dach ist, aus Leibeskräften nach der Feuerwehr rufen.

Rüttgers will das zwar jetzt vergessen machen. Aber wir wissen: Er hat als Stellvertreter der CDU-Bundesvorsitzender den schwarz-gelben Koalitionsvertrag im Bund mitverhandelt und mitgetragen. Und er hat im **Bundesrat den Steuersenkungen zugestimmt**, die zukünftig noch weitere Löcher in die kommunalen Haushalte reißen werden.

Die SPD hat sich immer als Partei verstanden, die der Kommunalpolitik besondere Beachtung schenkt. Die **Verteidigung und Stabilisierung** der für die kommunalen Haushalte so wichtigen **Gewerbsteuer** waren – ebenso wie das im Konjunkturpaket II enthaltene **Zukunftsinvestitionsprogramm** für die Städte und Gemeinden – wichtige Ergebnisse **sozialdemokratischer Politik** in der großen Koalition.

Für uns ist auch klar: Weitere Änderungen im Steuerrecht dürfen nicht mehr zu Lasten der Kommunen gehen! Dies gilt insbesondere für die Gewerbsteuer. Denn trotz des bereits begonnenen Aufweichens der Bemessungsgrundlage bei der Gewerbsteuer wird diese (noch) auf einer breiten Bemessungsgrundlage erhoben.

Aber gerade die jüngsten Äußerungen im Zusammenhang mit der Einsetzung der **Gemeindefinanzkommission** machen deutlich, dass es vielen in der schwarz-gelben Koalition um ein weiteres Aushöhlen bzw. komplettes **Abschaffen der Gewerbsteuer** geht.

Um die Kommunen zu unterstützen haben wir als Partei einen Präsidiumsbeschluss gefasst, in dem wir uns klar positioniert haben und einen **Rettungsschirm für Kommunen** fordern. Dieser sieht auch Soforthilfen für die Städte und Gemeinden vor. Ebenso konzipieren wir derzeit in der Fraktion einen Antrag, der an diesem Präsidiumsbeschluss anknüpfen wird. Bei all diesen Fragen arbeiten wir eng mit der SGK und den Kommunalen Spitzenverbänden zusammen.

Zentrale Maßnahmen der geforderten Soforthilfe sind unter anderem:

Die schwarz-gelbe Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Kommunen eine vollständige **Kompensation** für ihre durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen Einnahmeausfälle von **1,6 Mrd.** Euro pro Jahr erhalten.

Zur kurzfristigen Stabilisierung der Finanzlage der Kommunen muss der Bund zusätzlich befristet auf **zwei Jahre** seine Beteiligung an den **Kosten der Unterkunft** um 3 Prozentpunkte anheben. Dies ergäbe rd. **400 Mio.** Euro pro Jahr für die Kommunen. Neben verschiedenen anderen langfristigen Forderungen geht es uns aber auch um eine grundsätzliche Diskussion:

Die **Länder** müssen umgehend ihre Verpflichtung zu einer **auskömmlichen Finanzierung der Kommunen erfüllen**. Während einige Länder gezielte Hilfen für Kommunen in extremer Haushaltsnotlage gewähren und die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs verstetigen, verweigern insbesondere schwarz-gelb regierte Länder den Kommunen die dringend erforderliche Hilfe. Dies gilt ganz besonders für Nordrhein-Westfalen.

Wichtig ist es, jetzt auch klar die **unterschiedlichen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der verschiedenen Ebenen** – Bund, Ländern und Kommunen – korrekt zu beschreiben. Das gilt insbesondere auch bei der aufmerksamen und **kritischen Begleitung der Gemeindefinanzkommission**.

Denn nur so besteht die Hoffnung, dass sich zukünftig niemand mehr aus der Verantwortung für seine Entscheidungen stehlen kann. Nur so besteht die Hoffnung, dass von den Verantwortlichen in Bund und Ländern zukünftig nicht mehr so leichtfertig, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen aufs Spiel gesetzt wird.

Es muss jetzt auch darum gehen, öffentlich deutlich zu machen, wer seiner Verantwortung für die Kommunen nicht nachkommt. Das gilt für die Versäumnisse und das Versagen schwarz-gelber Finanzpolitik – das gilt aber auch für einzelne Landesregierungen.

Viel zu oft wird es einigen zuständigen **Ministerpräsidenten** erlaubt, sich aus ihrer **Verantwortung für die Kommunen ihres Landes** zu stellen.

Die wichtige Aufgabe, die Kommunen für ihre Bürgerinnen und Bürger vor Ort erfüllen, rücken jetzt mehr und mehr auch ins breite Bewusstsein der Öffentlichkeit. Wir können mit gutem Gewissen darauf aufmerksam machen, dass die SPD stets für die Interessen der Städte und Gemeinden eingetreten ist. Lasst uns auch dieses Thema nutzen, um den **opportunistischen Wendehals Rüttgers** zu enttarnen.

Rüttgers tritt mittlerweile im Land als Retter der Kommunen auf. Aber als langjähriges Mitglied im Vermittlungsausschuss kann ich Euch versichern: Sein Agieren im Bundesrat hat den Kommunen bisher nichts Gutes gebracht.

Deshalb kann man guten Gewissens sagen: Je eher Rüttgers weg ist, umso besser. Für die Kommunen wäre es gut, wenn zukünftig **Hannelore Kraft über den Bundesrat auch Einfluss auf die Bundespolitik nehmen** könnte!

Ihr habt mich ja bewusst als Bundespolitiker eingeladen. Daher will ich in diesem Zusammenhang noch kurz ein paar Anmerkungen zur Bundespolitik machen.

Eine **möglichst starke Sozialdemokratie im Bundesrat** ist derzeit doppelt wichtig. Denn die **derzeitige Regierung scheidet regelmäßig an der Praxis**. Sie kann es einfach nicht, denn sie weiß selbst nicht, wo sie hin will:

Die Bundesminister bleiben allesamt blass. Das liegt nicht zuletzt an der Kanzlerin selbst. Denn die verfolgt nun seit Jahren nur noch ein großes gesellschaftliches Projekt: Sie will Bundeskanzlerin bleiben; koste es, was es wolle. Diesem Ziel ordnet sie alles andere unter! Stabilität und Orientierung – vielleicht sogar mal ein unpopuläres Machtwort – ist von dieser Frau, die sich überall lieb Kind machen möchte, natürlich nicht zu erwarten.

Sie zaudert, zögert und wartet ab, aus welcher Richtung der Wind bläst. – Und dann trifft sie irgendwann eine Entscheidung, die sich nicht daran orientiert, was notwendig und richtig wäre, sondern daran, was gefällig ist und gut ankommt. Kurz und gut: Angela Merkel hat die **Führungsqualitäten eines Wackeldackels**: Sieht putzig aus, kommt gut an, aber bringt außer verständnisvollem Nicken nichts voran! Dabei wäre gerade jetzt Führung und Entscheidung in wichtigen Punkten gefragt:

Z. B. bei der längst überfälligen Regulierung auf den Finanzmärkten: Auch hier kommt von der Regierung nichts Konkretes außer wohlfeilen Ankündigungen. Wir Sozialdemokraten dagegen meinen: Es müssen jetzt auch diejenigen einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten, die bislang vom zügellosen Finanzkapitalismus profitiert haben. Darum, und zur Eindämmung kurzfristiger Spekulation, wollen wir die Einführung einer Steuer auf **Transaktionen an den Finanzmärkten**.

Wir wollen, dass Hinweisen auf **Steuerhinterziehung entschlossen und zügig nachgegangen wird**: In Deutschland werden jährlich viele Milliarden Euro an den Finanzämtern vorbeigeschleust – in Länder, die damit Geschäfte machen. Es darf sich das Trauerspiel nicht wiederholen, dass die Regierenden in Berlin, Düsseldorf und Stuttgart nur sehr zögerlich – ja geradezu mit strafvereitelnder Langsamkeit – Hinweisen auf Steuerhinterziehung nachgehen.

Beim **Mindestlohn** verweigern sich die Koalitionäre leider immer noch der Realität. Es ist gerade in einem marktwirtschaftlich geprägten System nicht zu rechtfertigen, wenn bei vielen Beschäftigten der Steuerzahler einen Teil des Lohns tragen muss. Mehrere Hunderttausende arbeiten in unserem Land Vollzeit und müssen sich nachher trotzdem noch staatliche Transferleistungen abholen, weil ihr Einkommen nicht zum Leben reicht. Das hat mit Marktwirtschaft nichts zu tun – und erst recht nichts mit sozialer Marktwirtschaft. Ich bin mir sicher, dass ein Mindestlohn auch im Interesse verantwortungsbewusster Unternehmer ist: Letztendlich schützt eine vernünftige Lohnuntergrenze gerade die kleinen und mittleren Unternehmen vor einem ruinösen Preiskampf. Dass auskömmliche Löhne vor allem auch eine Frage von Gerechtigkeit sind, muss ich hier wohl nicht besonders hervorheben.

Die prinzipiellen Gegner von Mindestlöhnen – wie Frau Merkel und ihre Chaoskoalition – versündigen sich übrigens doppelt: Sie machen sich erst zu Komplizen von Ausbeutern und bitten danach den Steuerzahler für ihr politisches Versagen zur Kasse. Denn jeder Euro, den sich ein Arbeitgeber durch Dumpinglöhne spart, muss später durch den Steuerzahler wieder draufgelegt werden.

Unser Ziel dagegen ist **Fairness auf dem Arbeitsmarkt**. Das zentrale Verdienst sozialdemokratischer Arbeitsmarktreforment ist es, die schleichende Gewöhnung an Massenarbeitslosigkeit beendet und den Kampf um Vollbeschäftigung neu aufgenommen zu haben. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die Betreuung aus einer Hand und die Einbeziehung von Sozialhilfeempfängern in die Arbeitsförderung war ein richtiger Schritt. Jetzt müssen wir unsere Konzepte weiterentwickeln und zum Beispiel Qualifizierungsbemühungen von Arbeitslosen durch einen längeren Bezug des Arbeitslosengeldes I unterstützen.

In der **Gesundheitspolitik** müssen wir entschlossen gegen die sich abzeichnende, unsoziale Umverteilungssorgie der Bundesregierung halten: Denn jetzt ist die Katze aus dem Sack. Rössler versucht den schrittweisen Einstieg in die **Kopfpauschale**. **Die Kopfpauschale ist nicht allein das Projekt der FDP**. Auch die CDU will sie. Bereits 2003 hat die CDU im **Leipziger Programm** beschlossen, „das heutige System der gesetzlichen Krankenversicherung in ein kapitalgedecktes, einkommensunabhängiges System einer ‚Gesundheitsprämie‘ zu überführen.“

Bei allen Unklarheiten über die Details: Letztendlich wird das gesamte Projekt zu einer Umverteilung von unten nach oben führen! Einmal mehr werden diejenigen, die es nicht so dicke haben, die Rechnung für die schwarz-gelbe Sause zahlen müssen.

All diese Punkte machen deutlich, dass es sich für uns lohnt, in den nächsten Wochen einen engagierten Wahlkampf zu führen. Lasst uns in den nächsten Wochen auch diese Punkte in das öffentliche Bewusstsein rücken. Wenn es uns darüber gelingt, für eine sozialdemokratische Landesregierung und somit für mehr sozialdemokratischen Einfluss im Bundesrat zu sorgen, dann ist auch für die Kommunen viel gewonnen.